

Wohnungen
 m. Bezugs- und Abzug-
 gold und
 Rk. 25. —
 Holz zu 100 %
 80 %
 55 Mk. pr. Abm.
 Altkreis
 in des Vorstandes:
 G. Schneider, Altkreis
 Sparkasse Altkreis und
 Nagold

Bestandteile
 wöchentlich 50 Goldpfen-
 nige, ständl. Anzeiger,
 Gg. Nr. 10 Goldpfen-
 nige, ständl. Anzeiger.
 Die einseitige Seite auf
 gewöhnlicher Schrift über
 deren Raum 12 Gold-
 pfennige, Restanten 25
 Goldpfennige, Familien-
 anzeiger 10 Goldpfennige. Bei
 gerichtl. Beurteilung und
 Restanten in der Restant
 einseitig

Der Gesellschafter

Nachrichts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Bestellte in
 Oberamtsbezirk — An-
 zeiger sind dabei von
 besten Erfolg.
 Die in der Zeitung
 enthaltenen Anzeigen
 sind durch den Verlag
 gegen die Konkurrenz
 geschützt.
 Telegramm-Adresse:
 Nagold-Tagblatt
 Nagold
 Post-Bezirk:
 Nagold
 Stuttgart 4113.

1924, 14. Jan. 1924, Donnerstag den 17. Januar 1924, 98. Jahrgang

Tagespiegel

Die dritte Steuererhöhung soll Ende der Woche dem Reichskabinett zugehen. Bezüglich der Auswertung der Hypotheken rechnet man mit dem Zustandekommen einer Verabschiedung.
 Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird nach T. U. nach Paris berufen werden, um dem Sachverständigen-Ausschuss Auskunft über Währungsfragen zu geben.
 Die kommunikativen Betriebsräte der Pfalz haben 14 für einen von Berlin unabhängigen Rheinbund ausgesprochen.
 Der Sachverständigen-Ausschuss hat bei der Reichsregierung angefragt, ob sie bereit sei, dem Ausschuss Einblick in die Finanzverwaltung 1920/23 zu gewähren.
 Der englische Volkshofler erbat sich von der deutschen Reichsregierung Auskünfte über das Treiben der Sonderbündler in den besetzten Gebieten.
 Nach Meldungen aus Paris sollen die französischen Steuern so erhöht werden, daß sie eine Mehrerhebung von 2700 Mill. Franken erbringen. Durch Sparmaßnahmen wie Abbau der Beamten, Herabsetzung der Pensionen usw. sollen 1500 Millionen weniger ausgegeben werden.
 In der kommunikativen Partei Russlands sind erste Streikigkeiten ausgebrochen. Der Vertreter der Rechtslosen, Krotki, soll vor seiner Flucht verhaftet worden sein.

Deutschlands Ernte

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt die November-Erntemittelung für 1923. Diese endgültige Feststellung bringt im allgemeinen die Bestätigung der Vorhersage, die einen erheblich besseren Ernterfolg als im Vorjahr in Aussicht stellte. Nur die Winterroggen- und Winterweizen-Ernte liegen hinter der Vorhersage zurück. Wenn somit auch gegenüber dem Vorjahr eine wesentliche Steigerung in den Ernterückständen erfolgt worden ist, so bleibt der Ertrag doch immer noch ganz erheblich hinter dem Friedensergebnis zurück (die Vergleiche sind auf den jetzigen Reichsumfang berechnet), und zwar nicht nur was die Menge betrifft, sondern auch der Hektarertrag ist erheblich geringer als vor dem Krieg. Das erklärt sich in der Hauptsache aus der geringeren Bepflanzung des Bodens mit Dünger, und zwar nicht nur mit künstlichem Dünger, sondern auch mit natürlichen Düngern, der infolge der kleineren Viehbestände in geringerer Höhe einfließt.
 Der Ertrag der Ernte beläuft sich in Tonnen à 1000 Kilo wie folgt:

	1923	1922	1912
Winterweizen	2 488 508	1 667 742	3 532 017
Sommerweizen	2 145 574	1 877 035	2 122 762
Speltz	159 270	113 405	437 787
Winterroggen	6 360 242	5 173 983	9 087 150
Sommerroggen	101 580	30 900	141 657
Wintergerste	234 303	—	—
Sommergerste	1 120 846	1 007 024	3 040 216
Hafer	6 106 776	4 015 501	8 018 618
Erbsen	23 577	21 129	—
Bohnen	22 380 553	40 065 360	44 018 758
Schwarze Erbsen	8 005 722	10 791 639	13 988 805
Winterrüben	21 204 014	24 754 713	—
Ries	9 587 625	7 036 732	9 032 077
Luzerne	1 578 289	1 486 814	1 381 931
Öse	23 352 077	19 240 696	25 853 995

Wie sich die Anbaufläche für die verschiedenen Früchte mit dem Vorjahr und mit dem Vorkriegsstand vergleicht, veranschaulicht die folgende Tabelle, in der die Anbaufläche in Hektar angegeben ist, während die Hektarzahl den Hektarertrag in Tonnen von 1000 Kilo bedeutet.

	1923	1922	1912
Winterweizen	1 268 843 (1,97)	1 186 222 (1,41)	1 403 813 (2,41)
Sommerweizen	2 145 574 (1,90)	1 877 035 (1,55)	2 122 762 (2,49)
Speltz	128 471 (1,24)	128 755 (0,80)	272 085 (1,61)
Winterroggen	4 280 489 (1,54)	4 076 396 (1,27)	5 151 720 (1,94)
Sommerroggen	85 992 (1,18)	86 215 (0,91)	107 407 (1,35)
Wintergerste	108 150 (2,17)	—	—
Sommergerste	1 100 350 (1,78)	1 007 024 (1,40)	3 040 216 (2,20)
Hafer	3 544 705 (1,83)	3 201 932 (1,25)	3 924 700 (2,23)
Erbsen	21 943 (1,09)	25 272 (0,84)	—
Bohnen	2 726 859 (11,96)	2 721 500 (14,94)	2 802 061 (15,71)
Schwarze Erbsen	363 557 (22,67)	417 309 (25,86)	490 005 (29,97)
Rüben	750 559 (29,03)	784 711 (31,56)	—
Ries	1 049 906 (4,92)	1 092 816 (5,71)	1 211 877 (6,83)
Luzerne	277 488 (5,08)	267 717 (5,28)	210 731 (6,59)
Winterrüben	509 204 (4,76)	517 547 (4,32)	422 741 (5,50)
Andere Wiesen	5 136 579 (4,20)	5 144 257 (5,47)	4 847 467 (4,89)

Bemerkenswert ist neben dem Umstand, daß der Hektar-ertrag erheblich höher dem Vorkriegsstand im Durchschnitt etwa um 20 bis 25 Proz. zurückbleibt, ist auch die erhebliche Verringerung der Anbaufläche für Reis und die Verminderung der Wiesen, trotz des kleinen Viehbestandes, ist durch den Anstieg der Ernte von Wintergerste bedingt worden. Bedenklich ist ein Teil der Landwirtschaft in ihrer Tätigkeit von der stark intensiven auf eine mehr extensiven Form übergegangen; woch-

ger Weidland, mehr Weide und Wiesen. Das dürfte besonders für die Großwirtschaft gelten, die auch mit Arbeiterschwierigkeiten zu kämpfen hat, während die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe eher intensiver geardeelt haben dürften.

Die Unterjuchung in der Pfalz

Der englisch-französische Zusammenstoß
 Man soll nicht zu früh frohlocken, aber man darf mit einer gewissen Bestimmtheit feststellen, daß der Tod des pfälzischen Sonderbündlerführers Heinz aus Orbis zu einem bedeutsamen diplomatischen Zusammenstoß zwischen Paris und London geführt hat. Derzeit: Die beiden Sieger-Regierungen sind sich in die Haare geraten, nachdem sich die Spannung zwischen ihnen in der letzten Zeit von Woche zu Woche verschärft hatte.
 Der Gang der Dinge — sehr wichtig für die Beobachtung vom deutschen Standpunkt aus — war folgender: England, bereits entschlossen, den französischen Hochschulern im besetzten Gebiet genauer auf die Finger zu zeigen, gibt auf den Vorschlag von Sprager hin seinen Generalkonsul in Wiesbaden, Elise, die Befehle, in die linksrheinische bayerische Pfalz zu reisen und die dortigen politischen Verhältnisse zu untersuchen und zwar allein und selbständig und ohne Begleitung französischer Offiziere oder Beamten. Die öffentliche Begründung dieses Geheimbefehls trugte die Pariser „Times“ mit demersamer Klarheit Worten: Die Unterjuchung der Zustände in der Pfalz ist dringend notwendig. Die Pfalz, die so mehrmals von ihrem Mutterland Bayern durch den Rhein getrennt ist, sei der Aufmerksamkeit des größten Teils Europas während der letzten unruhigen Jahre entgangen. Doch sie müsse nicht der Aufmerksamkeit Frankreichs, ebensowenig wie irgendein anderes deutsches Gebiet nördlich des Rheins. Während andere Völker nicht darauf achteten, hätten die Pfälzer Vertreter der Rheinlandskommission sich aufeinander als besonders aufmerksame Schüler erwiesen, die den Rhein als die beste und einzige natürliche Grenze Frankreichs im Norden betrachteten. Die deutschen Sonderbündler könnten kaum großen Fortschritt ohne diese bulden aber gar fieberhafte Unterjuchung erreicht haben. Die „Times“ beschrieb dann noch „die Straube, die in französischen Kolonien und in französischen Gebieten einzuwirken.“ Wie die Pfalz, verlor die Frankreich ja auch das Saargebiet mehr und mehr zu entnationalisieren.
 Das war deutlich genug. Es war das erste Mal, daß die englische Diplomatie ein wenig aus sich herausging. Was war die Wirkung in Paris? Man erklärte dort nach deutscher Frontzeitung wurde Englands Verhalten auf einer Sonderuntersuchung in der Pfalz als „unfreundliche Handlung“ aufgeführt. Dieser glühende Ausbruch aus dem Bälternetz war das von französischen Außenminister ausgegebene Schwere Frankreich lehne eine englische Sonderuntersuchung entschieden ab: Der englische Konsul könne natürlich nicht Körperlich verhindert werden, nach der Pfalz zu reisen, aber was werde alles tun, um seine Tätigkeit zu stören. Er werde „keinen Augenblick allein“ bleiben.
 Nun, Generalkonsul Elise fuhr von München ab mit seiner Londoner Befehls, zunächst in Heidelberg die aus der Pfalz ausgewiesenen deutschen Beamten zu vernehmen und sich dann in das linksrheinische Bayern selbst zu begeben. Die von der französischen Gefolgschaft in Wiesbaden angebotene offene Begleitung französischer Offiziere und Beamten lehnte er ab. Wahrscheinlich sind sie ihm doch nachgefahren, um ihn zu begleiten. Und jedenfalls hat Frankreich bereits seine Begleitmannschaften in la Pfalz, der französische Befehlsgewaltige im Rheinland, läßt im britischen Befehlsgewaltigen durch zwei französische Offiziere eine „Untersuchung“ anstellen über die angeblich in Köln tätigen deutschen Geheimverbände, die eine Gefahr für die Befehlstruppen seien. England hat diesen Gegenstand Frankreichs wiederum sehr gut pariert, indem es halbamtlich darauf hinweist, daß in der englischen Form am Rhein ein Heer französischer Agenten und Spione sitze, die über deutsche Geheimverbände genügend Bescheid wissen müßten.

Man hat auf deutscher Seite das Gefühl, daß Frankreich den Streit mit England lüdt und wehret, um es von seiner bisherigen Haltung in der Sonderbündlerfrage abzuwenden. Aber dies wird ihm nicht gelingen. General de Weizsäcker hat bei der Internierung in Spragen den erschollenen Heinz einen „Freund Frankreichs“ genannt, der für eine „gerechte Sache“ gekämpft sei. Was das für eine Sache war, nämlich die Raubplünder des Generals de Weizsäcker, darüber ist man auf deutscher Seite bereit, dem Generalkonsul Elise jedes gemündete Material zu liefern.
 —

Das Holz des Schwarzwalds

Vor einiger Zeit waren, wie der „Holzmarkt“ berichtet, in Strahburg und anderen Städten Ruwertenschläge veröffentlicht worden: „Kauft baltische Dollarschläge, dann gebt uns bald der baltische Schwarzwald!“ — Die von der baltischen Regierung ausgehenden Dollarschlagpläne ist durch den

Staatsschwarzholz garantiert. Die Franzosen wollen sich also durch die Aufforderung an ihre Verbündete, jene Dollarschläge nach Kräften zusammenzukaufen, auch das Vorkaufsrecht auf den Schwarzwald sichern. Der Frankfurter kommt da allerdings fatal dazwischen.

Unbarmherzig haben die Franzosen in den Wäldern des besetzten Gebiets. Ganze Wälder werden, wie das Fränkische weiter schreibt, der Art überliebert, ganze Gegenden brandt man ihres natürlichen Schutzes. In der knappen Zeit vom 16. November bis 4. Dezember 1923, also innerhalb 2 1/2 Wochen, sind über 1 Mill. Hektar Holz, und zwar nicht aus den schlechtesten Revieren vernichtet worden. Nur die Tragweite dieser Verwüstungen einigermaßen begreifen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß z. B. ein mittleres Revier Württembergs mit etwa 1000 Hektar Fläche bei sorgfältiger Bewirtschaftung im Lauf eines ganzen Jahres im ganzen etwa 5000 Hektar Holz aller Sortimente aufbringt. Dieser Schaden, der bis in seine letzten Ausläufer überhaupt nicht abzuschätzen ist, kann durch keine auch noch so vernünftige Wirtschaft wieder ausgemittelt werden, sondern es werden Jahrhunderte darüber vergehen müssen. Dabei ist nicht zu übersehen, daß das deutsche Deutschland gar nicht in der Lage ist, diese riesenhafte Wiederaufforstung logisch mit den erforderlichen Genauigkeiten und Rhythmen wieder auszuführen.

Neue Nachrichten

Verhaftung gegen General v. Seckl
 Berlin, 16. Jan. Im Kaiserhaus jetzt am Potsdamer Platz wurden, wie die Blätter berichten, ein 23-jähriger Kaufmann und ein angeblicher früherer Offizier namens Thoma n n, die einem rechtsradikalen Verband angehören sollen, unter dem Verdacht verhaftet, gegen den General v. Seckl, den Schwager der Volksgenossin, einen Anschlag geplant zu haben. Die Angelegenheit sei von der bayerischen Regierung nach Berlin gelangt. Die Verhafteten sollen noch mehrere Mitarbeiter haben. Am liebsten wird an Interesse der Unterjuchung der Pfälzer beobachtet.

Zehnjährige Arbeitszeit für Staatsangestellte
 Berlin, 16. Jan. Durch Verordnung des Reichspräsidenten sind 10-jährige Arbeitszeit für Staatsangestellte bis zu 10 Stunden täglich beschlössigt worden. Die Arbeitszeit der Reichsbahnbeamten wurde auf 7 Stunden erhöht.

Lebendiges Zeugnis
 Berlin, 16. Jan. Der Ausschluß des Reichstags-abgeordneten Lebendiges aus der von ihm selbst gegründeten Gruppe der unabhängig-sozialistischen Partei war mit der Behauptung begründet worden, Lebendiges habe für eine andere Partei geworben. Demgegenüber veröffentlicht Lebendiges ein Flugblatt: Es sei ein Fehler gewesen, daß die Anklage im Parteivorstand beim Parteivorstand Poinecaré als dem „Berichtsvollzieher“ mitteilten geblieben habe. Der Parteivorstand war keine Anklage haben das Vorgehen Poinecarés gerechtfertigt und beschönigt, während selbst die französischen Sozialisten die Wahrheitsfindung verurteilten. Die Unabhängigen haben Poinecaré als den „Vernünftigen des deutschen Proletariats“ begrüßt. Der Parteivorstand der Unabhängigen habe ferner die Kritik der Sonderbündler begrüßt und durch eine Kundgebung vom 26. September 1923 den Ortverein Kreislich verurteilt, sich für die Gründung eines Rheinlandbundes zu erklären. Die Besen von 10 freiwirtschaftlicher Bewegung wolle er (Lebendiges) und seine Freunde keine Gemeinschaft mehr haben.

Kassette aus der Deutschen Volkspartei
 Koblenz, 16. Jan. Die Landesversammlung der Deutschen Volkspartei in Koblenz hat ihren Austritt aus der Partei erklärt und sich der rechtsstehenden Nationaldemokratischen Volkspartei in Bayern angeschlossen.

Über die Pfalz
 Speyer, 16. Jan. Der baltische Generalkonsul Elise empfing gestern die Vertreter der evang. Kirche, der Arbeitsgruppen und der Parteien in der Pfalz, die ihm die furchtbaren Leiden der Pfalz durch eine Horde langweiliger, verkommenen Geisteswilderer. Namentlich die Rede des Bischofs Dr. Sebastian und des evang. Konsistorialpräsidenten machten auf Elise einen tiefen Eindruck. Von den pfälzischen Landesvertretungen wird in einer Eingabe an die Rheinlandskommission verlangt: 1. Wiederherstellung des deutschen Verwaltungsrechts und Gemüts nach, daß die rechtmäßigen staatlichen und gemeinlichen Behörden ihrem Dienst ordnungsgemäß versichern und die Heroldspflanze ungehindert übernehmen können. 2. Versammlungs- und Pressefreiheit im Rahmen des Rheinlandabkommens. 3. Unantastbarkeit der persönlichen Freiheit und des Eigentums im Rahmen des deutschen Rechts und des Rheinlandabkommens. 4. Rückfahrgemachung aller durch die Sonderbündler vorgenommenen Straßen, Befestigungen, Wasserleitungen und Befestigungsarbeiten. 5. Ent-

ung der Sonderbündler und Wiederherstellung der deutschen Verfassung und Folge.

Sonderbündlerische Frechheit

Berlin, 16. Jan. Intern 8. Jan. hat der Sonderbündlerischer Matthes in Düsseldorf an den Reichstag die Freizuge gewährt, ob Sonderbündler, falls sie in den Reichstag gewählt werden, die volle Freiheit des Strafgesetzes gegenüber besitzen würden, wie die übrigen Abgeordneten. Präsident Edele erwiderte auf das Schreiben, ein Reichstagsmitglied werde wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung nur dann nicht verfolgt, wenn der Reichstag dies ausdrücklich beschließt. Er (Edele) bemerkte aber, daß der Reichstagsentscheid über die Freizuge bei Hoheitsverletzungen die Genehmigung zur Strafverfolgung erteile.

Die tolle Kriegspresse

Paris, 16. Jan. Das Pariser Blatt „Humanité“ veröffentlicht eine Reihe von Kritiken, in denen der Reichstag gepöbeln wird, mit welchen Stimmen die Pariser Blätter, die in diesem Krieg helfen, von Russland befreit werden sollen. Am 1. Februar 1918 berichtet der russische Botschafter in Paris, Iswolski, an den Minister des Innern Sazonow in Petersburg, er (Iswolski) habe Polkarcow (Botschafter Präsident von Frankreich) einen Betrag von mindestens 300 000 Franken für erforderlich, um die Pariser Presse für die russischen Kämpfe zu gewinnen. Polkarcow wünschte jedoch, daß er von allem unterrichtet werde, was in dieser Beziehung geschähe. Für die Befreiung war durch die Agenten Kojaslawitsch und Duzowitsch ein Plan aufgestellt, die Selbstverleugung der russischen Agenten Schwarz (Senoar), zum Teil auch Iswolski selbst. Dieser konnte jener nach Petersburg berichten, durch die Gelder seien „höchst gewinnbare Ergebnisse“ erzielt worden; Kojaslawitsch habe den Auftrag erhalten, die Redaktionen, vom ersten bis zum unbedeutendsten, zu „besuchen“, um gegen Differenzierungen in der Volkspresse zu wirken. — Die „Humanité“ läßt dann noch deutliche Hinweise an alle die Franz. Jtg. Berliner Tageblatt u. a., die für Insaule (Veröffentlichung der russischen Kriegspresse) Stimmen bis zu 500 Franken bezogen haben. Das ist aber eine ganz andere Sache als die Selbstverleugung in Paris, wie schon aus den Geldbeträgen hervorgeht, denn die „Humanité“ in Paris usw. bezogen ja 20 000 Franken und mehr.

Die englische Thronrede

London, 16. Jan. Gestern eröffnete der König das Parlament mit der Thronrede. Sie erwähnt, daß in der Sitzung der Frage zur Wiederherstellung der Welt ein wichtiger Schritt durch die Einsetzung der beiden Sachverständigen-Ausschüsse erzielt worden sei. Die Längere Zeit sei durch die Einkommen, das eine internationale Vereinbarung vorzulegen, genutzt. Die Verhandlungen mit den neutralen Staaten wegen der unerschütterlichen Neutralität seien sich dem Abschluß. Die Regierung werde bestreben, das Einverständnis des Völkerrechts mit allen Mitteln zu fördern. Die letzte Reichstagsperiode habe in der Zusammenarbeit aller Teile des Reiches Fortschritte erzielt. Die kommende Reichstagsperiode werde die Kenntnis von dem Fortschreiten in der ganzen Welt fördern und dem Haupt der höchsten Weltweite Dienst leisten. Die Arbeit der Reichstagsperiode habe abgenommen, habe aber immer noch den Gegenstand großer Sorge. Die Vorschläge der Regierung zur Befreiung (Schutz) seien vom Land nicht angenommen worden. Deshalb wird die Zustimmung des Parlaments erbeten zur Ausdehnung der Handelsverträge und zur Ausfuhrdisziplin mit Hilfe finanzieller Mittel. Die fortwährende Neubau von Schiffen werde neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Die Wasserkräfte sollen ausgebaut werden.

Ranier R. edo nach begründete den Antrag des Reichstags: Es ist nicht, ein Reichstag mitzuteilen, daß die Reichstagsperiode nicht mehr das Vertrauen des Unterhauses besitzen. Es ist dringend nötig, daß England eine entscheidende und wirksame Politik betreibt als in den letzten 12 Monaten. Keine Partei habe eine eigene Mehrheit, und die Regierung sei mit einer Minderheit von 100 aus dem Wahlkampf zurückgekehrt. Dieses Parlament sehe sich einer Lage gegenüber, wie früher noch kein anderes. Was sich aber auch ereignen möge, jede Regierung, die jetzt die Geschäfte in ihre Hand bekomme, müsse unbedingt ehrliches Spiel treiben.

Nach Woodson sprach Lloyd George. Er bedauere die Hoffnung aus, daß jede kommende Regierung, welcher Art sie auch sein möge, das Ansehen und den Einfluß zu wahren wissen werde, auf die England um seiner Macht und seiner Opfer willen Anspruch habe. Er grüßte die Regierung hoffend an. Die Ruhrbelegung habe eine Katastrophe über Europa gebracht. Wenn es sich bewenden sollte, daß einer der Verbündeten die Sonderbündler ermutigt habe, so wäre dies ein schändlicher Bruch des Vertrags von Versailles.

Minister Baldwin erklärte, das vergangene Jahr sei für die Förderung des Friedens und der Wohlfahrt Europas nicht günstig gewesen. Es könnte sein, daß die französische Regierung durch den Frankenkrieg veranlaßt werde, die Lösung der Frage in Angriff zu nehmen, die sich während des ganzen Jahres vergrößerte. Die Bewegung der Sonderbündler im besetzten Deutschland verurliche der britischen Regierung die größte Sorge. Wenn der parlamentarischen Regierung im Unterhaus der Selbstverleugung zugeworfen werde, sei die Partei bereit, ihn aufzunehmen, sie werde aber keine von Parlamentarier beauftragte Opposition gegen eine andere Regierung betreiben, sondern bei der Lösung schwerer Aufgaben, wie z. B. der Arbeitslosigkeit mitarbeiten.

Widerrufung des Ausnahmezustands in Thüringen

Berlin, 16. Jan. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General v. Seelitz, hat an den Militärbefehlshaber der Reichswehr in Thüringen die Weisung ergehen lassen, nach den von der thüringischen Landesregierung in Berlin abgegebenen Versicherungen den militärischen Ausnahmezustand entsprechend zurückzuführen und von Eingriffen in die Ver-

fassung abzulassen. Die Reichsuntersuchungskommission kehrt Ende der Woche aus Thüringen nach Berlin zurück.

Ein englischer Antrag abgelehnt

Koblenz, 16. Jan. Post „Matin“ hat die Rheinlandkommission den Antrag Englands, die Anerkennung der Sonderbündlerischen Regierung in der Pfalz anzulehnen, bis die Unterlegung eines Abkommens sei, mit den Stimmen Frankreichs und Belgiens abgelehnt.

Kein Nachgeben Englands?

Kolterdam, 16. Jan. Nach dem „Conrant“ erklärte Lord Curzon im Oberhaus, die britische Regierung wolle den Bericht des Generalkonvents über die Pfalz abwarten. Sie sei entschlossen, sich auf keine Verständigung einzulassen, sondern die vollständige Wiederherstellung der künftigen Verwaltungshoheit zu fordern, wobei sie sich auf den Vertrag von Versailles stütze.

Serbien baut eine Flotte

Paris, 16. Jan. „Echo de Paris“ meldet aus Rom, zwischen Serbien und Italien sei ein gemeinsamer Flottenbau vereinbart worden, das Jugoslawien die Flotte einer Großmacht (I) innerhalb zweier Jahre gibt.

Die Antwort des Reichstags auf die bayerische Denkschrift

Berlin, 16. Jan. Der Reichstagsler hat an den bayerischen Reichstagsler am 15. Januar eine Antwort geschrieben, in dem es heißt: Die mir diesen Tag überreichte Denkschrift der bayerischen Regierung habe ich sorgfältig mit Aufmerksamkeit gelesen und sie, so bald ich in den Besitz einer ausreichenden Zahl von Abschriften gelangt war, allen beteiligten Reichstagsmitgliedern übergeben. Die bayerische Regierung wird es verständlich finden, daß die Reichsregierung angesichts der weitreichenden Bedeutung der in der Denkschrift erörterten Fragen eine abschließende Stellung heute noch nicht einnehmen kann. Schon jetzt aber möchte ich meiner lebhaften Genugung darüber Ausdruck geben, daß der in sachlich gehaltener Form dargelegte Standpunkt, den die bayerische Regierung der Reichsregierung gegenüber einnimmt, von dem Gedanken getragen ist, das Reich in Ganges wie in seinen Teilen stark und fest zusammengeführt zu erhalten.

Ich verstehe nicht, daß die Denkschrift in ihren geschichtlichen Darlegungen wie in den Vorschlägen für die Zukunft Gegenstand lebhafter, vielfach bestiger Meinungsäußerungen sein wird, die jedoch, wie ich bestimmt hoffe, sich in den Grenzen halten werden, die ihnen die Tatsache zehrt, daß deutsche Gedanken und Gefühle der bayerischen Regierung die Feder geführt haben.

Die Reichsregierung ist gerne bereit, zunächst mit der bayerischen Regierung unter Zugrundelegung der überreichten Denkschrift in einen Meinungsaustrausch einzutreten, wobei sie mit der bayerischen Regierung darüber einig ist, daß die einzelnen in der Denkschrift erörterten Fragen einzeln eingehend, sachlich und vorurteilslos Prüfung bedürfen. Erst nach dem Ergebnis dieser Erörterungen dürfte sich die Frage beantworten lassen, inwiefern seitens der Reichsregierung und der bayerischen Regierung die Initiative zu geeigneten Maßnahmen zu ergreifen sein wird.

Württemberg

Stuttgart, 16. Jan. Verlobung. Nach der „Edda“ hat sich Herzog Albrecht Eugen von Württemberg, der zweite Sohn des Herzogs Albrecht, mit der Prinzessin Rudejda von Bulgarien, zweiter Tochter des früheren Königs Ferdinand, Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha, vor einiger Zeit verlobt. Die Vermählung wird am 24. Januar in Mergheim stattfinden, wo König Ferdinand alljährlich längere Zeit weil.

Stuttgart, 16. Jan. Vom Landtag. Der Ausschuss für Innere Verwaltung begann gestern die Beratung des Beschlusses über die Verminderung der Abgeordnetenzahl. Die Vorlage schlägt eine Verringerung von 101 auf 72 vor. Angenommen wurde ein Antrag gegen die Stimmen der Bürgerpartei und des Bauernbunds, die Zahl von 101 auf 80 zu erniedrigen. Ferner wurde, entgegen dem Regierungsvorschlag, beschlossen, die amtliche Bekleidung der Wahlzettel beizubehalten und einen amtlichen Stimmzettel auszugeben, der sämtliche Wahlvorschläge enthält. Für jeden Wahlvorschlag sollen 100 Mk. Kostenzuschuß (Regierungsvorlage 500 Mk.) bezahlt werden. Von den 80 Mandaten sollen 80 den Bezirken und 20 der Landesliste zufallen. Dieser Antrag wurde mit 11 gegen 5 Stimmen (S.S., B.P.) bei 2 Enthaltungen (D.B.) angenommen. Die Bestimmungen bezüglich des Dienstbezugs bei Beamten werden gestrichen, da diese Frage im Disziplinargesetz geregelt werden soll.

Neue Anträge. Abg. Wiber (B.P.) hat folgende kleine Anfrage gestellt: Die Auszahlung der für Inhaber des Militärverdienstordens zuständigen Präbenden ist einzustellen. Welche Gründe waren für diese Maßnahme ausschlaggebend und auf welche Rechtsgrundlage stützt sich das Staatsministerium?

Stuttgart, 16. Jan. Beamtenabbau bei den Krankenkassen. Durch Verordnung des württ. Staatsministeriums ist die Durchführung des Beamtenabbaus hinsichtlich der Orts- und Samstagskrankenkassen dem Württ. Oberverwaltungsamt übertragen worden.

Todesfall. Der Ausschleusenbesitzer der Württ. Bergbahn sowie zahlreicher großer industrieller Unternehmungen, Albrecht von Rouffe ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

Wahlkämpfe kein Jagdgeschäft. Die Straßenbahn hat von der Annahme des Reichsgelds leider wieder Abstand nehmen müssen, da die Banken erklärten, sie könnten die nötigen Kasse leisten. Klagen nicht annehmen.

Zur Eisenbahneckform. Vertrauensmänner der mittleren Eisenbahnen von Bayern, Württemberg und Baden trafen sich in einer Zusammenkunft in Stuttgart am Montag gegen die Bewilligung von Kapitals an Eisenbahnen.

Stuttgart, Jan 13. Bombenlauf des G.S.B. in Tuttlingen am 19. und 20. Januar wird ein Extrazug (Eisenbahn)

ab Sonntag früh 5.30 Uhr) ausgeführt mit Halt in Spöckingen. Die Schneesverhältnisse in Tuttlingen sind günstig.

Verbotene Mischlieferung. Das Schöffengericht, zum erstenmal nur aus dem Berufsrichter bestehend, wies ohne Schöffens, verurteilte den Richteranwaltsbayer Christian Haidle von Hebelingen, der länger als ein Jahr an Staatsanwalt Koffschneider täglich 15 bis 20 Uhr Mischlieferung geliefert hatte, zu einer Geldstrafe von 500 Mk. Drei weitere Angeklagte wurden zu Geldstrafen von 40 bis 50 Mk. verurteilt.

Vom Tage. Heute vormittag wurden der junge Kaufmann und das Mädchen, die am Samstagabend durch Erschießen im Krüderwald freiwillig aus dem Leben geschieden waren, ihrem letzten Wunsch entsprechend in einem gemeinsamen Grab auf dem Steinbühlfriedhof in Cannstatt beerdigt. Stadtpfarrer Wörling legte der Grabrede die Schriftworte zugrunde: Nichts ist, damit ihr nicht gerichtet werdet.

Aus dem Lande

Leonberg, 16. Jan. Unglücksfälle. Der Verwalter des Gemeindegasthauses in Romlau, Sbg., wurde auf der Heimfahrt von Leonberg beim Scheren der Pferde aus dem Wagen geworfen und mit dem Kopf eine Straße weit geschleift. Beide Jagen sind nicht unbedeutende Verletzungen zu. — Auf einer Treibjagd bei Höfingen wurde ein 17 Jahre alter Treiber angeschossen.

Tübingen, 16. Jan. Unfälle. In der Nacht wurden in letzter Zeit nicht weniger als sieben Personen mit Beinbrüchen durch Stürze und Schlägen verunglückt.

Obernberg a. N., 16. Jan. Angefahren. Ein fleißiger Art wurde in Esendorf von einem mit zwei jungen Leuten besetzten Rodschlitten angefahren und nicht unbedeutend verletzt. Auch einer der Fahrenden trug Verletzungen davon.

Balingen, 16. Jan. Wasserkräfte. Dem Gemeinderat liegen zwei Pläne zur Ausnutzung des Tachstufes vor. Nach dem einen würden 100 000 Kilowattstunden Tagesstrom im Jahr, nach dem andern, der die Zusammenfassung der Wasserkräfte der Tach und Seelach mit einem Stauee vorstelt, 2 100 000 Kilowattstunden gewonnen. Die Kosten sind zu 1 800 000 bzw. 2 100 000 Goldmark veranschlagt. Die Pläne werden dem künftigen Wassertraktat zur Begutachtung übergeben.

Trübsingen, 16. Jan. Spöckingen, 16. Jan. Roberei. Ein in Schwemingen in Arbeit stehende Burden von Wollendungen verlor sich hier, mit Gummihandschuhen bewaffnet, nach einer Zeherei solche Robereien gegen die Einwohner, daß die Gewerksamer aufgeben mußte. Die Diebstahler werden sich vor Gericht zu verantworten haben.

Talheim, 16. Jan. Tödtlicher Unfall. Auf belagerten Welle kam die Ehefrau des Fabrikarbeiters Maria Leibring ums Leben. Ein durch das Garbenloch heruntergefallenes Brett traf sie so schwer am Hinterkopf, daß sie nach wenigen Augenblicken starb.

Dietrich, 16. Jan. Von der Gewerbebank. In einer Mitgliederversammlung der Gewerbebank wurden heftige Angriffe gegen die Geschäftsführung und namentlich gegen die hohen Gebühren und Ansätze der Bank gerichtet, sowie die Gehälter der Angestellten als zu hoch bemängelt. (Die vier Vorstandsmitglieder bezogen im Jahr 1923 zusammen 12 000 Goldmark.) Es wurde gewünscht, daß der Bankbetrieb schnellstens wieder in geordnete Bahnen gelenkt und den Wünschen der Mitglieder Rechnung getragen werde.

Jung, 15. Jan. Verunglückte Stifahrer. Zwei Stifahrer, auswärtige Touristen, die von der Schritteralm abfahren, sind nach einer hierher gelangten Nachricht tödlich verunglückt. Der eine von ihnen fuhr in der Dunkelheit auf einen Baum und war infolge Schädelbruchs sofort tot. Der andere zog sich schwere innere Verletzungen zu. Er lag in der Nacht in der Nähe liegen und wurde erst lange Zeit nachher erst aufgefunden. Die Namen der Verunglückten sind noch nicht bekannt.

Langensargen, 16. Jan. Vermißt. Vor 8 Tagen entfuhr sich der Schenkwirt Kömer von hier von seinem Haus und ist bis heute nicht zurückgekehrt. Auf einem hinterlassenen Zettel nahm er Abschied von seiner Familie. Er kamme den Verlust seines Vermögens durch die Geldentwertung nicht überwinden.

Tübingen, 17. Jan. Die Strafkammer hat bei der am Dienstag stattgefundenen Richtersitzung die an dem kommunikativen Uebelsal auf dem Herrenberger Bahnhof vom Oktober letzten Jahres Beteiligten zu folgenden Strafen verurteilt. Die Hauptangeklagten Aug. Marquardt und Hans aus Herrenberg wurden wegen Raubs zu 10 bzw. 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen, Paul und Heinrich Jost Herrenberg, Ede. Wülfelstein Oelshausen und Otto Wiedemeyer Herrenberg wegen Mithilfe zu je 3 Monaten Gefängnis und Erlegung der Kosten. Ein Teil der Untersuchungskosten wurde den Angeklagten angerechnet.

Salz. Das Reigeld, das von den Kunsthandwerkern Oberndorf, Rottweil, Spöckingen, Salz und Tuttlingen gemeinsam herausgegeben wurde und noch im Umlauf ist, wird nur noch bis 15. Februar 1924 eingelöst.

Stuttgart, 16. Jan. Hohes Alter. Die älteste Frau der Stadt, die Witwe Katharina Fuchs, ist im 98. Lebensjahr gestorben. Noch während des Kriegs machte sie sich täglich mit Streden für unsere Feldsoldaten und erhielt dafür im Jahre 1917 das Charakterskreuz.

Ulm, 16. Jan. Brand. Gestern morgen brach im Hauptwerkraum der Fa. Deutsche an der Frauenstraße Feuer aus. Bei dem leicht brennbaren Material hatte das Feuer schon größeren Umfang angenommen, wäre sicher aber noch bedeutender gewesen, wenn die Angestellten nicht die Feuerlöschapparate hätten zur Anwendung bringen können, bis die Feuerwehre eingetroffen war. Die Entstehungsurache ist noch in dem Besitze des Benzinmotors zu suchen.

Dudau, 16. Jan. Billige Einnahme. Ein einigigen Tagen befand sich aufschmend in der Anstaltskammer des Pferdebesitzers Martin Einstein ein fremder Burden, der die Abwesenheit des Anstalts bedürfte, dessen Kammer genossenschaftlich offen und darin Quartier bezog. Bei Nacht stieß er dem Keller des Anstalts Befunde ab, um sich mit Brotweizen zu versorgen. Eine Denkschrift erbat den un-

gegebenen Geld. Die Frau hat die Bühne in die merichte. Der

Mengen L. Zell. Vom Feinverlag der Reichswehrverwendung für

Congenes Körper. Es Schmid im Krüderwald in Operation erst

Vom Bode fall. Der wangen wurde ausgeführt der Schlags

Aus Ungen hat, wie schon

Hilfsleistungen der deutsche Heimlein Augenver

Rinder- und Urfallen ge

Hamburg ein der frühere R

Amstade keine Behörden bürden

würde für Reich, 500 Mk. Wohl ist der Waren sind

Städte abgefa andere Begriffe wenn bedürftig in Hamburg ne

des Hamburg

Aus

Überreichte nach im Felde von Karl Bomm nach Gelände in Lubin, Neimburg, Ebnort, h

bei ist als Rumpst zu b ten unter Sa

Eingestellter pation im un Oberpostdirekt

Konstabler Vorübergehend

Vorwärts Be Beschäftigen mit

Überreichte Rollen zu 12 G je nur 14 Be

ep. Wiedera Lichen Einliefer

Infolge der Ver Entwörung ih

gafolge der neu religiösen Wirt

Erholung. Sie umfangreicher; hatten, indem

ist die beinamer für das freudig zu beobachten. Freirungen, un wunden.

Größt Sch ward, Geheimen Wänden in der

